



PIRATENPARTEI
Deutschland

Piratenpartei Deutschland | Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Selbstständigenverbände (BAGSV)
Alzheimer Eck 13**

80331 München

Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

29. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Dr. Lutz,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl und das damit bekundete Interesse an unserer Politik. Im Anschluss erhalten Sie unsere Antworten:

1 (Schein-)Selbstständigkeit

Wie werden Sie Rechtssicherheit in Bezug auf die Statusfeststellung herstellen, um u.a. die weitere Verlagerung von Projekten ins Ausland zu verhindern – in Hinblick auf Kriterien, Verfahren, Sanktionen und Beseitigung von Interessenkonflikten bei der DRV?

Zuvorderst müssen eindeutige Kriterien zur Unterscheidung zwischen tatsächlicher und Scheinselbstständigkeit geschaffen werden. Die bisherigen Regelungen sind nicht ausreichend, das Arbeits- und Sozialministerium hat bisher nur eine Erweiterung des §611a BGB eingebracht. Unabhängig davon sollten auf jeden Fall Geschäftsmodelle beendet werden, die Scheinselbstständigkeit als Voraussetzung haben, wie bspw. im Speditionswesens, bei vorgeblicher Selbstständigkeit des fahrenden Personals zur Vermeidung von Sozialabgaben, Kündigungsschutz und anderer Ansprüche auf Seiten des Arbeitgebers.

Es wird Zeit auf den "Rat der Arbeitswelt" zu hören und eindeutige Regelungen in Deutschland und in Zusammenarbeit mit Europa zu verabschieden.

2 Altersvorsorgepflicht

Wie verhindern Sie, dass die große Mehrzahl der Selbstständigen, die vorgesorgt haben und dafür oft laufende Verpflichtungen (z.B. Rentenversicherungen, Immobilienfinanzierungen) eingingen, doppelt belastet bzw. mit enormer Bürokratie / Rechtsunsicherheit konfrontiert werden?

Bundesvorstand

Sebastian Alscher
Markus Barenhoff (stellv. Vorsitzender)
Frank Grenda (politischer Geschäftsführer)
Stefano Tuchscherer (stellv. politischer Geschäftsführer)
Joachim Rotermund (Generalsekretär)
Manuel Wolf (stellv. Generalsekretär)
Wolf Vincent Lübcke (2. stellv. Generalsekretär)
Detlef Netter (Schatzmeister)
Andreas Lange (stellv. Schatzmeister)

vorstand@piratenpartei.de

Bundesgeschäftsstelle Piratenpartei Deutschland

Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN:
DE36 4306 0967 7006 0279 00
BIC:
GENODEM1GLS

www.piratenpartei.de

Durch die Zusammenlegung unterschiedlicher Rentensysteme kann es durchaus in Einzelfällen zu zusätzlichen Belastungen kommen. Mittelfristig bietet eine solche Struktur aber auch Stabilität und Planungssicherheit gerade auch für Selbstständige die auf diesem Weg auch sicher sein können das sie nicht zwischen einem Investment und der Absicherung der Familie im Alter wählen müssen.

3 Infektionsschutzgesetz

Wann und wie wollen Sie sicherstellen, dass bei künftigen Pandemien Selbstständige im Fall von Betätigungsverboten angemessen entschädigt werden? Wie sollen die Entschädigungen bemessen werden? Wie wollen Sie insbesondere auch die Lebenshaltungskosten berücksichtigen?

Es hat sich gezeigt, dass die getroffenen Regelungen in vielen Fällen wirklichkeitsfremd sind. Statt einzelne Monate als Berechnungsgrundlage für Hilfgelder zu nehmen, wäre ein Jahresdurchschnitt, durchaus auch über mehrere Jahre, zielführender. Für erst kurzzeitig im Geschäft befindliche Unternehmen wäre eine Branchendurchschnitt ein Ansatzpunkt.

4 Die Grundrente setzt langjährige DRV-Beiträge voraus. Selbstständige, die ein Leben lang hart gearbeitet, aufgrund vorgegebener Rahmenbedingungen aber privat vorgesorgt haben, werden von der aus Steuergeldern finanzierten Subvention ausgeschlossen. Wie werden Sie diese Ungleichbehandlung beseitigen?

Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständischen Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein. Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden. Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente. Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt, angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten. Die staatliche Rentenkasse verwaltet sich eigenverantwortlich, ohne direkten Zugriff durch den Staat. Der Staat schafft den gesetzlichen Rahmen. Die Rentenkasse ist für die Rente zweckgebunden! Für Pensionsansprüche soll der Gesetzgeber eine entsprechende Übergangslösung ausarbeiten. Eine private Versicherung, um einen höheren Standard als bei der Maximalrente zu gewährleisten, soll weiterhin möglich sein. Für diejenigen, die sich dies leisten können, statt für die, die ohnehin schon wenig haben und damit privat aufstocken sollen.

5 Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer Forderungen kommen einem BGE am nächsten?

Ja, wir sind für die Einführung eines BGE. Dessen Höhe und Ausgestaltung soll von einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages erarbeitet und ein Best-Practice-Modell dann im Rahmen einer Volksabstimmung zur Diskussion und Abstimmung gestellt werden. Von der Höhe her darf niemand schlechter gestellt sein, als gegenwärtig bspw. mit dem Bezug von Leistungen im Hartz4-System.

6 In der Coronakrise hat sich u.E. gezeigt, dass die Grundsicherung trotz "Vereinfachungen" nicht geeignet ist, Selbstständige wirksam zu unterstützen. Welche konkreten Veränderungen werden Sie vornehmen, von denen auch Selbstständige profitieren?

Wir sind für die Einführung eines Grundeinkommens welches oberhalb der Grundsicherung liegt. Das System Hartz4 wollen wir komplett abschaffen. Ein Grundeinkommen ermöglicht es aus unserer Sicht unternehmerische Risiken ein zu gehen wie eine Unternehmensgründung. Gerade Selbstständige haben oft gerade in der Gründungszeit nicht viel Geld zur Verfügung das Grundeinkommen schafft Stabilität und einen freien Rücken.

7 Sind Sie für die Einführung einer Bürgerversicherung bzw. warum nicht? Welches Ihrer Konzepte kommt ihr am Nächsten? Welche Risiken wären abgesichert? Wie würden sich für Selbstständige Beiträge und Leistungen verändern? Welche Konsequenzen hätte dies für bislang privat Versicherte/Vorsorgende?

Die Piratenpartei Deutschland strebt eine solidarische Krankenversicherung an, in der alle einzahlen, Beamte sowie Menschen die beim Verdienst/Lohn oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen.

Dies lässt sich auch auf die anderen Sozialversicherungen übertragen. Wer sich für eine bestimmte Art der Versicherung weitergehend versichern möchte, soll dies im Rahmen einer persönlichen Vorsorge tun können.

8 Plattformarbeit: Welche Regulierungen planen Sie und wie verhindern Sie, dass davon auch fair bezahlte, freiwillig Selbstständige belastet werden? Wie genau grenzen Sie Plattformarbeit ab? Gehören z.B. auch IT-Selbstständige zu den Plattformarbeitern?

Die Digitalisierung bringt viele Veränderungen gerade auch neue Arten von Arbeitsverhältnissen die größtenteils über das Internet abgewickelt werden. Trotzdem sehen wir Arbeitgeber in der Pflicht sich um das Wohl ihrer Mitarbeiter zu bemühen. Arbeitsbedingungen gerade in atypischen und neuen Arbeitsfeldern dürfen nicht zur Ausbeutung von Arbeitnehmern missbraucht werden. Hier muss der Staat im Notfall auch regulierend eingreifen.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine